



## Themen dieser Ausgabe:

DKP-Kandidatur zur Bundestagswahl

Rückblick G20-Gipfel

Matrosenrebellion in Wilhelmshaven 1917

Personalmangel in Krankenhäusern



## Frieden



## Arbeit



## Solidarität

## DREI GUTE GRÜNDE AM 24. SEPTEMBER DKP ZU WÄHLEN!

Wahlkampfzeiten - Zeiten wohlklingender Reden, blumiger Sprüche und leerer Versprechen.

Nur einige Beispiele: Die CDU ist angeblich „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne Leben“. Statistisch gelten in der BRD inzwischen 17% der Menschen als arm, auch dank der Politik der CDU, die sich zudem traut, auf Plakaten zu behaupten, sie stehe „Für gute Arbeit und gute Löhne“. Die seit Jahren beförderte Ausweitung von Niedriglöhnen und Leiharbeit sollen wir

vergessen? Die SPD möchte gewählt werden, „Damit die Rente nicht klein ist, wenn die Kinder groß sind.“ Dabei war sie es - gemeinsam mit den Grünen - , die mit der Einführung von Hartz IV und Riesterrente für den Einstieg in die Privatisierung der Altersversorgung sorgte. Schon heute sind über 500.000 RentnerInnen auf Grundversicherung angewiesen, eine Verdopplung seit 2003.

CDU, SPD, Grüne und FDP waren 1999 daran beteiligt, die Bundeswehr in den

völkerrechtswidrigen NATO-Krieg gegen Jugoslawien zu schicken und betreiben bis heute Auslandseinsätze und Aufrüstung zur militärischen Durchsetzung deutscher Kapitalinteressen.

Jede Stimme für diese Parteien ist eine Stimme für Politik im Interesse der Banken und Konzerne.

Die Stimme für die DKP ist eine Stimme für 100% Antikriegspartei, für 100% Partei des Kampfes um soziale und demokratische Rechte, für 100% Antikapitalismus.

## MEUTEREI GEGEN DEN KRIEG | Wilhelmshaven 1917 & die Lehren für heute

Vor 100 Jahren am 25. August 1917 - der I. Weltkrieg ging in sein viertes Jahr - fällt das Marine-Kriegsgericht in Wilhelmshaven das Todesurteil gegen Max Reichpietsch, Albin Köbis und drei Kameraden. Über 50 weitere Matrosen und Heizer erhielten teils langjährige Zuchthausstrafen. Am 5. September wurden die Todesurteile gegen Reichpietsch und Köbis vollstreckt.

Die bei den Mannschaften der im Hafen liegenden Hochseeflotte gärende Unzufriedenheit, aufgrund von Langeweile, Schikanen und schlechter Verpflegung, hatte zu deren Politisierung und Organisation geführt. Im Sommer 1917 hatten in Wilhelmshaven Hunderte Marinesoldaten die Befehle verweigert und zeitweilig die Schiffe verlassen, um an Land u.a. für ein Ende des Krieges zu demonstrieren.

Mit den drastischen Strafen gegen Reichpietsch, Köbis und die anderen Matrosen hoffte die Kaiserliche Marineführung - angeblich - jegliche Widerstandsregung gegen die Kriegsführung zu zerschlagen.

100 Jahre später tritt Deutschland wieder als imperiale Großmacht auf. Wogegen sich Reichpietsch und Köbis organisierten, ist heute noch aktuell. Reichpietsch und Köbis erkannten, dass die Führung des Krieges nicht dem Interesse des deutschen Volkes diene - sie erkannten, dass der Krieg nicht

WHV bis heute nichts an die Ermordung der revolutionären Matrosen von 1917. Keine Gedenktafel - nichts.

An die Ereignisse von damals zu erinnern, heißt für uns, aus der Geschichte zu lernen und zu erkennen, dass Militarisation und Kriegspolitik nie im Interesse der arbeitenden Bevölkerung ist. Im Gegenteil, wir - die arbeitende Klasse - sind, wenn man einen Blick in die Geschichte wagt, immer die Bevölkerungsklasse, welche die Folgen von Krieg am meisten zu spüren bekommt. Jeder traumatisierte Soldat, der aus dem Einsatz zurückkommt, ist ein Opfer der deutschen Großmachtspolitik. Jeder Cent, der in die Rüstung geht, fehlt im Sozialen. Deshalb müssen wir Frieden fordern, denn in letzter Konsequenz kann es nur

die arbeitende Bevölkerung sein, die einen konsequenten und dauerhaften Frieden im Interesse der Menschen erkämpfen wird - einen Frieden, dessen Bestehen unabhängig von Profitinteressen ist. Deshalb müssen wir uns als Klasse organisieren!



der Vaterlandsverteidigung, sondern allein zur Profitmaximierung der Banken und Konzerne geführt wurde. Und sie erkannten, dass der Krieg nur durch die Aktion der arbeitenden Bevölkerung und der Soldaten beendet werden kann. Deshalb erinnert in

der Vaterlandsverteidigung, sondern allein zur Profitmaximierung der Banken und Konzerne geführt wurde. Und sie erkannten, dass der Krieg nur durch die Aktion der arbeitenden Bevölkerung und der Soldaten beendet werden kann. Deshalb erinnert in

# „Ein klares Zeichen setzen bei der Bundestagswahl“

## ■ Interview mit Katinka Manitzke, DKP-Kandidatin aus Oldenburg

**Pulverturm:** *Katinka, Du kandidierst auf der Landesliste der DKP in Niedersachsen zur Bundestagswahl am 24. September. Bitte stelle Dich den Leser\*innen kurz vor. Wer bist Du und was machst Du so? Was hat Dich bewogen zu kandidieren?*

Ich bin 42 und arbeite als Pflegehilfskraft in der Heilerziehungspflege, also mit Menschen, die körperlich und geistig beeinträchtigt sind.

Meine Kandidatur sehe ich als Gelegenheit gemeinsam mit der Partei nach draußen zu gehen und mit vielen Menschen zu reden. Viele klagen ja über die Zustände, andere sind resigniert. Ich möchte die Leute zum Handeln ermutigen und für den Sozialismus werben. Dass eine gesellschaftliche Alternative dringend nötig ist, drängt sich ja alltäglich auf. Das Elend ist selbst in einer „Beamtenstadt“ wie Oldenburg, mit ihrem ausgeglichenen Haushalt, unübersehbar. Menschenschlangen vor der Oldenburger Tafel, Gruppen vor dem Tagesaufenthalt für Wohnungslose, dort komme ich immer auf dem Weg zur Arbeit vorbei.

**Pulverturm:** *Du lebst in Oldenburg, einer wachsenden Stadt mit etwa 165.000 Einwohner\*innen, einer Arbeitslosigkeit von über 7 % und ständig steigenden Mieten. Was verbindet Du mit dieser Stadt und was gefällt Dir dort besonders? Und warum sollten Wähler\*innen in Oldenburg bei der Bundestagswahl ihre Stimme der DKP geben?*

Mir gefällt an Oldenburg, wo ich - mit einer längeren Unterbrechung - seit 1996 lebe, die Stimmung und der Mix. Einerseits Großstadt mit kulturellem Angebot - ich gehe z.B. gerne ins Casablanca -, andererseits aber doch etwas ruhiger, nicht übertrieben hektisch, und viele nette Menschen.

Für die DKP stehen Frieden, Arbeit und Solidarität im Mittelpunkt! Das sind Werte und politische Ziele, die im genauen Gegensatz zur herrschenden Politik stehen. Da kann die Stimmabgabe für die DKP ein klares Zeichen setzen bei der Bundestagswahl. Aber unabhängig von

Wahlen: Es ist genauso nötig sich für die eigenen Interessen einzusetzen, sich mit anderen zu organisieren. Das kann einem keiner abnehmen, auch wenn es, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, nicht leicht und immer wieder von neuem nötig ist. Aber ohne „Selber tun!“ geht es nicht.

**Pulverturm:** *Oldenburg ist auch ein Bundeswehrstandort. Im vergangenen Jahr wurde der Stab der 1. Panzerdivision, der größten Bundeswehrdivision, hierher verlegt. Kriegseinsätze auf mehreren Kontinenten werden von hier aus geplant und gesteuert. Was hältst Du als Antimilitaristin davon?*

Natürlich nichts. Einige argumentieren ja mit den Arbeitsplätzen, die die Bundeswehr bietet. Aber klar ist doch: Die Steuergelder, die Milliarden, die in die Rüstung, die Auslandseinsätze etc. gehen, fehlen für andere Zwecke, auch in Oldenburg, z.B. beim Bau preisgünstigen Wohnraums, was auch Arbeitsplätze schafft. Oder für Schulen, Kitas, Krankenhäuser etc., die unter Personalknappheit leiden.



Der Auftrag der Bundeswehr besteht darin, weltweit den ungehinderten Zugang zu Rohstoffen und Absatzmärkten für deutsche Konzerne auch gewaltsam durchzusetzen. Das dabei geschaffene Elend wird billigend in Kauf genommen. Stichwort: „Flüchtlingskrise“. Kapitalistische Krise, mit allen ihren Folgen, trifft es eigentlich besser.

Als kleine Partei mischen wir uns im Rahmen unserer Kräfte ein, z.B. bei Aktionen gegen die Anwerbung von Jugendlichen durch die Bundeswehr auf der Jobmesse oder mit Flugblättern beim Imagepflegekonzert der Bundeswehr-Big-Band. Das reicht bei weitem nicht, ist aber ein nötiger Anfang, um die Erkenntnis zu verbreiten,



Katinka Manitzke

dass das Militär nur dem Kapital nützt und den Interessen der Arbeiterklasse entgegen steht. Und dabei geht es nicht nur um das Geld, das Militär und Rüstung verschlingen. Die NATO-Konfrontationspolitik gegenüber Russland lässt befürchten, dass das Kapital in näherer Zukunft auch bereit ist, größere kriegerische Konflikte zu riskieren. Der russische Dichter Jewgeni Jewtuschenko fragt in seinem berühmten Gedicht: „Meinst du, die Russen wollen Krieg?“ Und wir sollten uns fragen, wollten das etwa die Menschen in Jugoslawien, Irak, Libyen, Syrien...?

**Pulverturm:** *Bei der letztjährigen Kommunalwahl errang die AfD, die auch zur Bundestagswahl antritt, in Oldenburg zwei Stadtratsmandate. Wie siehst Du die Rolle der AfD und was sagst Du Wähler\*innen, die mit dem Gedanken spielen, die AfD zu wählen?*

Die AfD spielt eine Rolle dabei, reaktive Ideen zu verbreiten, die Forderung nach einer Beschneidung sozialer und demokratischer Rechte zu radikalisieren und die Menschen in diesem Land gegeneinander auszuspielen. In Zeiten, in denen sich die versprochenen Verheißungen der Globalisierung und der europäischen Integration für die meisten als leere Versprechen herausgestellt haben, macht sie nationalistische Werbung für den Vorrang deutscher Interessen. Gemeint ist, und damit ist sie gar keine „Alternative“ zu CDU, SPD, FDP oder Grünen: Vorrang deutscher Kapitalinteressen. Dennoch punktet sie teilweise damit auch

bei Arbeitern, Arbeitslosen und bei kleinbürgerlichen Schichten, die sich positiv an den sogenannten „Rheinischen Kapitalismus“ erinnern, als es die DM, nahezu Vollbeschäftigung und sozialen Frieden gab. Vergessen ist, dass die damaligen Verhältnisse nicht zuletzt dem Wiederaufbau nach dem Weltkrieg, sowie der Existenz des Realsozialismus geschuldet waren, der als „dritter Verhandlungspartner“ bei Tarifaueinandersetzungen das westdeutsche Kapital manches Zugeständnis machen ließ.

Die AfD wählen, heißt die Not zu vergrößern. Auch wenn sie sich als Stellvertretung „des kleinen Mannes“ aufführt, zeigen ihre programmatischen Aussagen schnell, dass es ihr um die Interessen der deutschen Kapitalisten geht: Gegen eine Vermögenssteuer und wirksame Regularien beim Mindestlohn, gegen die paritätische Finanzierung der Sozialversicherungssysteme, gegen betrieblichen Einfluss der Gewerkschaften, aber pro NATO und für die deutsche Kriegspolitik, die die Flüchtlinge erst verursachen, die

doch laut AfD an fast allem schuld sind, was in Deutschland schlecht ist. Außer vielleicht am Wetter.

**Pulverturm: Was sind Deine Erwartungen an die Bundestagswahl? Erwartest Du demnächst als Abgeordnete im Bundestag zu sitzen?**

Abgeordnete? Ich dachte an Bundeskanzlerin. (lacht) Nein, ernsthaft, davon gehe ich nicht aus. Darum geht es aber auch nicht. Wir wollen das Feld nicht alleine den prokapitalistischen Parteien überlassen und den Menschen die Gelegenheit geben, mit ihrer Stimme ein Zeichen gegen Kapitalismus und Militarismus zu setzen. Mit unseren begrenzten Mitteln können wir nur einen kleinen Teil der Wahlberechtigten erreichen. Aber genau mit diesen Menschen, am Infotisch, in der Nachbarschaft oder im Bekannten- und Freundeskreis wollen wir ins Gespräch kommen, über unsere Forderungen und Ideen, über den Sozialismus.

**Pulverturm: Danke für das Gespräch.**

**100 Jahre Ermordung von Max Reichpietsch und Albin Köbis  
100 Jahre Gemeinsam gegen Krieg und Imperialismus**

**Kundgebung**

Es sprechen die Bundestagskandidaten der DKP für Niedersachsen Achim Bigus, stellvertretender Vorsitzender der DKP Niedersachsen Björn Schmidt, Sprecher des Arbeitskreises „Frieden“ in der DKP  
**Sa. 26. August 2017 / Wilhelmshaven  
13:30 Uhr Rambla**

**Frieden mit Russland -  
Raus aus der NATO**

**Diskussionsveranstaltung  
zur Bundestagswahl  
mit Udo Spengler DKP Hamburg  
Moderation:  
Katinka Manitzke, DKP Oldenburg**

**Donnerstag, 7. September  
Beginn 19.30 h  
Bei Beppo, Auguststr. 57, Oldenburg**



Viele Bürgerinnen und Bürger haben uns bei der Absicherung unserer Kandidatur

mit ihrer Unterschrift unterstützt. Die DKP in Niedersachsen konnte so über 2200 Unterstützerunterschriften fristgerecht beim Landeswahlleiter einreichen und wurde zur Bundestagswahl zugelassen. Marc Galwas, Vorsitzender der Gruppe Oldenburg: „Vom März bis Ende

Juni waren wir in der ganzen Region unterwegs und haben zahlreiche Sammelaktionen auf der Straße durchgeführt. Die Gespräche mit den BürgerInnen waren sehr ermutigend.“ Die DKP bedankt sich bei den UnterstützerInnen in Oldenburg, Friesland und Wilhelmshaven.

## **G20-Gipfel: Herrschende Klasse übte Aufstandsbekämpfung**

Am 7./ 8. Juli trafen sich in Hamburg die Vertreter der kapitalistischen G20. Lange vor dem Gipfel erzeugten die bürgerlichen Medien ein Klima der Angst, mit dem Hinweis zu erwartender Gewalt. Damit wurde sämtlicher Protest im Vorfeld kriminalisiert. Der Ausnahmezustand wurde verhängt, u.a. wurde die grundlegende Versammlungsfreiheit auf 38km<sup>2</sup> Hamburgs außer Kraft gesetzt. Mehr als 22.000 Polizei- und Spezialkräfte mit modernster Ausrüstung wurden eingesetzt, Gerichtsurteile durch die Polizei missachtet, Protestierende brutal, mitunter lebensgefährlich, durch die Polizei verletzt. Der Kriegseinsatz des staatlichen Gewaltpotentials war gegen die unmittelbar Be-



troffenen gerichtet, aber es war auch ein Signal an alle fortschrittlichen Kräfte, dass die Herrschenden bereit sind, alles zu ihrem Machterhalt einzusetzen. Die Bilder von Randalierern und geplünderten Geschäften waren gewollt. Das waren nicht wir. Im Gegenteil nutzt man es, unseren Protest zu kriminalisieren.

Die gezeigte Gewalt liegt in der Verantwortung dieses Staates.

Ging das politische Ziel der Spaltung der Bewegung auf? Mehr als 150.000 Menschen haben sich an Demonstrationen, Aktionen, Blockaden und Veranstaltungen gegen den Gipfel engagiert. Bunt, ideenreich und gewaltfrei! An der abschließenden Großdemonstration nahmen mehr als 76.000 Menschen teil.

Unser Fazit als KommunistInnen lautet: Der Widerstand gegen eine unsoziale, ungerechte und undemokratische Politik lässt sich nicht einschüchtern. Wer dauerhaft Frieden will, muss für eine andere, eine bessere, eine gerechte Welt, für den Sozialismus kämpfen.



„Ziel ist die Beibehaltung der bisher geförder-  
ten Stellenzahlen“

- so lautet die Schlussfolgerung von Gesundheitsminister Gröhe (CDU) im März 2017 nach den Beratungen der ExpertInnenkommission „Pflegepersonal im Krankenhaus“. Im Klartext: Keine Stelle mehr!

Die DKP fordert eine gesetzliche Personalbemessung für die Krankenhäuser als verpflichtende Untergrenze. Eine Pflegekraft soll nicht mehr als fünf Patienten versorgen müssen, auf den Intensivstationen nicht mehr als zwei! Das muss erkämpft werden, denn ein Einlenken von Politik und Unternehmen ist nicht in Sicht.

## DKP Oldenburg, wer ist das?



DKP steht für Deutsche Kommunistische Partei. Wir KommunistInnen, organisiert in der DKP, sind Studierende und Rentner, Arbeiter und Erwerbslose, Frauen und Männer, Menschen aus Oldenburg und dem Umland. Uns alle eint die Überzeugung, dass eine revolutionäre Veränderung des Gesellschaftssystems die einzige – dauerhafte – Lösung für die großen Probleme darstellt, vor denen wir stehen.

Nur gemeinsam ist eine Veränderung der Gesellschaft - im Kampf gegen Ausbeutung und Krieg - möglich. Wir arbeiten aktiv in Bündnissen für Frieden, gegen Krieg und Faschisten, zeigen aber auch eigenständig Flagge wie z.B. gegen den Auftritt der Bundeswehr auf Jobmessen. Gemeinsam eignen wir uns das Wissen an, das wir für unseren Kampf brauchen - sowohl an Wochenenden, als auch bei Bildungsabenden unter der Woche. Für uns sind Theorie und Praxis zwei Seiten derselben Medaille. Auch kulturelle Veranstaltungen führen wir des Öfteren durch.

Ob Anregung, Teilnahme an Veranstaltungen, Kritik oder sogar praktische Unterstützung - nehmt Kontakt auf!

**Wir freuen uns auf Eure Nachricht!**

## Impressum:

PULVERTURM

wird herausgegeben von:  
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Oldenburg

Kontakt: DKP OLDENBURG  
per E-Mail:  
info@dcp-oldenburg.de  
web: www.dcp-oldenburg.de

ViSdP:  
M. Galwas, Göttinger Straße 58, 30449 Hannover

## ENTLASTUNG JETZT: Her mit mehr Personal an Krankenhäusern!

### 72.000 ist nicht nur eine Zahl.

In deutschen Krankenhäusern fehlen mindestens 72.000 Pflegekräfte. Das bedeutet konkret, dass die Arbeit dieser 72.000 fehlenden Pflegekräfte jeden Tag von den Beschäftigten in der Pflege zusätzlich bewältigt werden muss. Sie müssen doppelt arbeiten, Überstunden machen, auf Pausen verzichten, haben keine Zeit mehr, um Patienten auch nach ihren Bedürfnissen zu pflegen, es fehlt selbst die Zeit, sich die Hände zu waschen. Damit muss Schluss sein!

### Warum Überlastung?

Warum gibt es nicht ausreichend Pflegepersonal? Warum wird nicht mehr eingestellt? Es würde zu viel kosten und es gäbe kein Fachpersonal - so die Arbeitgeber. Mit den 19 Milliarden Haushaltsüberschuss 2016 wäre zusätzliches Personal sofort bezahlbar. Doch Schäubles „Schwarze Null“ spricht dagegen. Der Gesundheitsbereich wird, wie so vieles im Kapitalismus - zur Ware: Längst gibt es kaum einen Unterschied zwischen privaten und öffentlichen Trägern, der Leistungsdruck und die Sparmaßnahmen sind dieselben. Durch die DRG-Fallpauschalen wird jeder Behandlungsschritt pauschalisiert und in der Regel zu gering vergütet. Damit wird jede individuelle Pflege zum finanziellen Risiko. In vielen Regionen ist daher die medizinische Versorgung nicht mehr gewährleistet.

### Weshalb das Ganze?

Krankenkassen verdienen Milliarden daran, dass Menschen krank sind. Pharmakonzerne verdienen an teuren Medikamenten, Großkonzerne wie Siemens verkaufen ihre Medizintechnik. All diese Profite müssen bezahlt werden. Wenn an den Pflegekräften gespart wird, steigen die Profite der Konzerne. Die Patienten zahlen mit ihren Krankenversicherungsbeiträgen die Profite der Konzerne.

### Was also tun?

Das Pflegepersonal darf nicht zwischen den Interessen der Patienten und den Profitinteressen der Konzerne aufgerieben werden. Wir müssen gemeinsam für die eigenen Interessen kämpfen. Streik in der Pflege ist möglich und notwendig. Die Beschäftigten an der Berliner Charité haben gezeigt: Widerstand hilft!

Wir stehen solidarisch an der Seite der Pflegekräfte und fordern:

- 72.000 zusätzliche Pflegekräfte ausbilden und einstellen!
- Aufwertung der Pflegeberufe: Mehr Geld, kürzere Arbeitszeit, bessere Ausbildung!
- verbindlicher Personalschlüssel für alle Pflegeeinrichtungen!
- Schluss mit dem DRG-System

**SDAJ im Internet: [www.sdaj.org](http://www.sdaj.org)**

**Kontakt: [kontakt@sdaj-olhb.de](mailto:kontakt@sdaj-olhb.de)**

**Unser Sofortprogramm, sowie weitere Infos zu Positionen und Politik der DKP gibt es online auf**

**[news.dkp.de](http://news.dkp.de)**

